



Risiko- und Krisenkommunikation

Inhalt

- Editorial.....S.1
- ExpertenstimmenS.10
- Meldungen.....S.16
- LiteraturS.19
- Veranstaltungen.....S.21
- YoungProfessionals.....S.23
- DKKVInternS.24

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Krisen und Katastrophen sind eine Quelle für Nachrichten, denn sie durchbrechen den Regelablauf und stellen eine Störung des Alltäglichen dar. Für die Medien sind sie immer ein Top-Thema, getreu dem Medienmotto „Only bad news are good news“, denn diese steigern die Nutzerquoten. Um das Risiko einer Katastrophe einzugrenzen, müssen Akteure aus Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Bevölkerungsschutz auf lokaler und nationaler Ebene kooperieren¹. Dabei ist eine funktionierende und effektive Kommunikation im Rahmen des strategischen Katastrophenrisikomanagements ein wichtiger Bestandteil, denn sie kann Sensibilität für Risiken schaffen, eine positive Entwicklung der Lage herbeiführen sowie Schaden eingrenzen. Während der Corona-Pandemie ist die Krisenkommunikation zu einem ständigen Begleiter im Alltag geworden- sie bestimmt einen

Risikokommunikation: Austausch von Informationen und Meinungen über Risiken zur Risikovermeidung, -minimierung und -akzeptanz².

Krisenkommunikation: Austausch von Informationen und Meinungen während einer Krise zur Verhinderung oder Begrenzung von Schäden an einem Schutzgut².

Katastrophenrisikomanagement: Katastrophenrisikomanagement zielt darauf ab, Katastrophen zu verhindern und die Anfälligkeit von Menschen, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur gegenüber Naturereignissen zu reduzieren. Es stärkt die Widerstandsfähigkeit ("Resilienz") von Menschen und Institutionen gegenüber

Großteil der öffentlichen Kommunikation. Dieser Artikel möchte daher Hintergrundwissen über die Risiko- und Krisenkommunikation im Katastrophenrisikomanagement liefern und darüber hinaus die Rolle der sozialen Medien beleuchten.

Risikokommunikation im Katastrophenrisikomanagement

Wie jede spezifische Kommunikationsform, kann auch die Risikokommunikation von Akteuren verschiedener Bereiche unterschiedlich interpretiert werden. Das einheitliche Ziel der Risikokommunikation ist es, den kompetenten Umgang der Bevölkerung mit Risiken zu verbessern³, um so u.a. auch die Fähigkeit zur persönlichen Notfallvorsorge zu steigern. Daher steht auch nicht nur die Information, die vermittelt werden soll, im Vordergrund, sondern der Aufbau eines langfristigen, wechselseitigen Vertrauensverhältnisses zwischen staatlichen Stellen und Bevölkerung, um dadurch die Distanz zwischen Betroffenen und Entscheider_innen zu minimieren¹. Die erfolgreiche Kommunikation mit den Bürger_innen ist im Katastrophenrisikomanagement entscheidend; bei Großschadenslagen oder katastrophalen Ereignissen ist mit anhaltender Dauer und Ausbreitung der Lage das Mitwirken der Bevölkerung gefragt. Um die Fähigkeit der Bürger_innen, Selbstschutz- und Selbsthilfemaßnahmen durchführen zu können, zu steigern, muss bereits vor Eintritt eines Ereignisses über mögliche Auswirkungen kommuniziert werden⁴. Staatliche Institutionen müssen differenzieren, ob die Zielgruppe dabei von einem Risiko konkret betroffen sein könnte (z.B. Flussanrainer bei Hochwasser) oder ob es um Risiken geht, die die

gesamte Bevölkerung betreffen könnten (z.B. pandemische Lagen)¹. Durch präventive und proaktive Informationspolitik wird eine Verbesserung des Wissensstandes der Bürger_innen ermöglicht, sodass auf das vermittelte Wissen beim Eintritt eines Krisen- oder Katastrophenfalls zurückgegriffen werden kann. Proaktiv ist die Kommunikation, wenn ein kontinuierlicher Informationsfluss zur Bevölkerung besteht und Informationen von dieser nicht aktiv eingefordert werden müssen³.

Im Bereich der Risikokommunikation gilt es vier Grundsätze zu beachten¹: Offenheit bildet dabei die Grundlage der Kommunikation. Es gilt, die Bewertung bestimmter Risiken rechtzeitig zu veröffentlichen und anhand dessen, Grundlagen für Entscheidungen zu kommunizieren. Eine mangelnde Offenheit in der Kommunikation kann sich negativ auf die Akzeptanz der geteilten Informationen und das Vertrauen in die kommunizierende Behörde auswirken. Risikokommunikation sollte darüber hinaus auch immer transparent sein. Transparenz bedeutet in diesem Kontext, Gründe zu erläutern, warum ein erkanntes Risiko bearbeitet, d.h. bewertet und analysiert, wird. Unterschiedliche Positionen, die zu dieser Bewertung geführt haben, werden dargestellt und können von der Bevölkerung diskutiert werden⁵. Um die Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf mögliche Risiken zu mindern, sollte die Informationsvermittlung vertrauens- und glaubwürdig erfolgen. "Voraussetzung dafür sind eine hohe Sachkenntnis, Offenheit bzw. Ehrlichkeit sowie eine positive und vertrauensvolle Haltung gegenüber der Bevölkerung"¹. Als letzten Grundsatz ist die Dialogorientierung zu nennen. Kommunikation ist eine soziale Handlung und dient der Verständigung untereinander.

¹Bundesministerium für Inneres, „Leitfaden Krisenkommunikation“, 2020 <https://www.bmi.bund.de/SiteGlobals/Forms/suche/expertensucheformular.html?resourceId=9389478&input=9393260&pageLocale=de&templateQueryString=krisenkommunikation+&submit.x=0&submit.y=0>, [Zugriff am 10.05.2020]

²Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, „BBK-Glossar“ 2018. [Online]. Available: https://www.thw.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Einsaetze/national/2020/corona/meldung_002_vost.html?noMobile=1 [Zugriff am 15.05.2020].

³P. Dickmann, „Grundlagen der Risiko- und Krisenkommunikation,“ 2014. [Online]. Available: <https://www.researchgate.net/publication/72291490>, [Zugriff am 08.05.2020].

⁴L. Günther, G. Ruhrmann und J. Milde, „Pandemie: Wahrnehmung der gesundheitlichen Risiken durch die Bevölkerung und Konsequenzen für die Risiko- und Krisenkommunikation,“ 2018. [Online]. Available: https://www.sicherheit-forschung.de/forschungsforum/schriftenreihe_neu/sr_v_v/SchriftenreiheSicherheit_7.pdf, [Zugriff am 10.05.2020].

⁵World Health Organization, „Outbreak communication guidelines,“ 2005. [Online]. Available: https://www.who.int/csr/resources/publications/WHO_CDS_2005_28/en/, [Zugriff am 05.05.2020].

der. Im Rahmen dieses dialogischen Prozesses ist es bedeutsam, Bürger durch einen interaktiven Austausch von Informationen über Ängste, Risikowahrnehmungen und Katastrophenrisikomanagemententscheidungen mit einzubeziehen, damit diese sich auf dieser Basis eigene Meinungen bilden können⁶.

Virtual Reality beim Technischen Hilfswerk

Im Rahmen der Ausstellung „EU rettet Leben“ bekamen Interessierte im Mai 2018 die Chance, ein Rohingya-Flüchtlingslager in Bangladesch zu besichtigen. Das THW ermöglichte dies durch das zur Verfügung stellen von Virtual Reality-Brillen (VR-Brillen). So konnten BürgerInnen informiert werden, wie das THW im EU-Katastrophenschutz mitwirkt und dadurch bei Naturkatastrophen und in anderen Krisen Menschenleben retten kann [23]. In Zeiten der Corona-Pandemie bietet das THW mithilfe von Virtual Reality-Simulationen neue Online-Lernmöglichkeiten an.

Krisenkommunikation im Katastrophenrisikomanagement

Die Krisenkommunikation ist die Kommunikation, die während eines Krisenereignisses oder einer Katastrophe passiert⁴. Zur Bewältigung dieser wird von den verantwortlichen Stellen erwartet, dass sie schnell und effektiv handeln, um bereits eingetretene Schäden zu minimieren bzw. zukünftige Schäden zu vermeiden. Krisenkommunikation findet deshalb immer unter einem gewissen Zeitdruck und bei unzureichender Informationslage statt³. Wie bei der Risikokommunikation, bilden auch im Bereich der Krisenkommunikation Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Transparenz die Grundlagen einer erfolgreichen Kommunikation. Offenheit über die Bewertung der Information

und Situation sollte gewährleistet werden; Unsicherheiten und Defizite in der Faktenlage und über die sich entwickelnde Situation sollten daher auch kommuniziert werden. Keinesfalls dürfen hingegen bekannte, für die Bevölkerung relevante Fakten verschwiegen werden. Lüge ist absolut tabu! Aus einsatztaktischen Gründen muss nicht immer alles gesagt werden, was bekannt ist, aber das was gesagt wird, muss wahr sein. Zusätzliche Voraussetzungen sind darüber hinaus die klare Zuordnung von Zuständigkeiten im Krisenfall und die genaue Struktur der Kommunikationswege; ohne vorbereitete oder fehlerhafte Kommunikation kann es zu einer Eskalation der Situation kommen, da die verantwortlichen Stellen nicht angemessen auf Lageentwicklungen reagieren können¹. Die Krisenkommunikation im Katastrophenrisikomanagement zielt einerseits darauf ab, der Bevölkerung Informationen über das Ereignis und die Lageentwicklung sowie über Hilfsmöglichkeiten zur Bewältigung zu liefern. Darüber hinaus soll sie über bereitgestellte Hilfe und Unterstützung staatliche Institutionen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung aufklären. Andererseits soll die Krisenkommunikation die Handlungen der Institutionen erklären, um deren Reputation zu schützen und ein Vertrauensverhältnis zu schaffen bzw. das durch Risikokommunikation geschaffene Verhältnis aufrechtzuerhalten⁷.

Im Rahmen der Krisenkommunikation werden verantwortliche Stellen vor die Wahl zwischen zwei Strategien gestellt; diese Entscheidung wird situationsabhängig getroffen. Die Wahl für eine offensive Krisenkommunikationsstrategie fällt dann, wenn eine Behörde oder verantwortliche Stelle direkt von dem Katastrophenereignis betroffen ist. Es erfolgt eine aktive Information der Bürger_innen über (in-)direkte Auswirkungen der Katastrophe. Der Vorteil einer offensiven Strategie besteht in der höheren Befriedigung der Informationsbedürfnisse von Medien und Bevölkerung. Bei dem Verfolgen einer defensiven Kommunikationsstrategie hingegen, be-

⁶„Standpunktzivile Sicherheit -Behördliche Risikokommunikation im Bevölkerungsschutz,“ 2011. [Online]. Available: <https://www.bigs-potsdam.org/index.php/de/projekte/aktuelle-projekte/66-projekte/383-risiko-und-krisenkommunikation>. [Zugriff am 12 05 2020].

⁷Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, „Tagungsband LÜKEX 2018,“ 2019. [Online]. Available: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren/Flyer/LUEKEX18_Auswertungsbericht.html. [Zugriff am 05 05 2020].

treibt die verantwortliche Stelle eine eher zurückhaltende Informationspolitik; d.h., dass die Institution nur wenige Informationen an die Öffentlichkeit herausgibt. Die Gefahr besteht, dass die Medien sich andere Informationskanäle suchen und die verantwortliche Stelle an Glaubwürdigkeit verliert¹. Unabhängig von der Wahl der Kommunikationsstrategie, sollte im Bereich der Krisenkommunikation immer ein durchgängiger Informationsfluss bestehen und eine tatasachenbasierte Darstellung der Ereignisse erfolgen.

Schnittmenge von Risiko- und Krisenkommunikation

Risiko- und Krisenkommunikation stehen in einem engen Zusammenhang miteinander, denn beide Formen der Kommunikation beruhen auf den gleichen Grundsätzen. Der wesentliche Unterschied liegt in der zeitlichen Verortung. Die Risikokommunikation ist ein langfristiger präventiver Prozess, der anlassunabhängig der Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber Gefahren dient³. Die Krisenkommunikation beginnt hingegen mit Eintreten der Gefahrensituation und findet nur während eines kurzfristigen, zeitlich begrenzten Handelns Anwendung. Die Risikokommunikation ist daher kein Teil der Krisenkommunikation, sondern die Voraussetzung für deren Erfolg⁸. Durch eine fundierte Risikokommunikation, welche ein vor der Krise geschaffenes Netzwerk mit gegenseitigem Vertrauen zwischen Bürger_innen und staatlichen Institutionen impliziert, wird die Basis für eine effektive Krisenkommunikation gelegt. Wenn verlässliche Rahmenbedingungen durch die Risikokommunikation geschaffen wurden, die der Bevölkerung auch beim Eintritt von katastrophalen Ereignissen Vertrauen und Zuversicht in die staatlichen Institutionen geben, steigen die Realisierungschancen einer erfolgreichen Krisenkommunikation⁹. Zudem schützt eine gut vorbereitete und klar strukturierte Kommunikation vor Spekulationen und kann die Institution vor Imageschädigung bewahren.



Abbildung 1: Um zu verhindern, dass Bürger_innen im Katastrophenfall in Panik geraten, ist eine effektive Risikokommunikation von Bedeutung. Quelle: Pixabay

Was muss bei der Kommunikation im Bereich des Katastrophenrisikomanagements beachtet werden?

Obwohl Katastrophen- und Krisenlagen meist nicht vorhersehbar sind, ist es notwendig sich auf den Ernstfall vorzubereiten. Wie bereits erläutert, werden durch die Risikokommunikation ein grundlegendes Verständnis und eine allgemeine Risiko- und Handlungskompetenz geschaffen. Im Bereich der Krisenkommunikation sollte vor Eintritt der Katastrophe oder Krise die Handlungsfähigkeit der Beteiligten und Verantwortlichen in der Lage geschult werden³. Im Rahmen der Vorsorge und Vorbereitung müssen daher die Grundlagen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine effektive Krisenkommunikation geschaffen werden. Zu den vorbereitenden Maßnahmen zählen u.a. der Aufbau von Mediennetzwerken, das Einrichten von benutzerfreundlichen Webseiten und Hotlines, die im Katastrophenfall freigeschaltet werden können, das Vorbereiten von Vorlagen für Pressemitteilungen sowie regelmäßige Medientrainings für Mitglieder besonderer Aufbauorganisationen, wie z.B. Krisenstäbe, um für die Kommunikation in den Medien zu sensibilisieren¹. Katastrophen haben meist überregionale Auswirkungen und stellen politische Strukturen in verschiedenen Regionen vor Herausforderungen; daher sollten bereits vor dem Eintreten eines Katastrophenfalls eine klare Zuordnung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie das

⁸„Schriften zur Zukunft der Öffentlichen Sicherheit - Risiko- und Krisenkommunikation,“ [Online]. Available: <https://zoes-bund.de/themen/social-media/#krise>. [Zugriff am 15 05 2020].

⁹C. Rossmann, H.-B. Brosius und L. Meyer, „Risikokommunikation,“ [Online]. Available: <https://www.leitbegriffe.bzga.de/alphabetisches-verzeichnis/risikokommunikation/>. [Zugriff am 10 05 2020].

Schaffen von Alarmierungsketten und effizienten Kommunikationswegen erfolgen. Die Anwendbarkeit und Belastbarkeit dieser Krisenpläne sollten in regelmäßigen, überregional stattfindenden Übungen geprüft werden.

Als Reaktion auf Ereignisse wie die Terroranschläge vom 11. September 2001, haben Bund und Länder beschlossen, alle zwei Jahre eine Übung zu wechselnden, aktuellen Themen durchzuführen, um den Schutz der Bevölkerung und die Zusammenarbeit im Katastrophenfall zu optimieren. Diese Übungsserie heißt „LÜKEX“ (Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung). In den Übungen werden Krisen in Echtzeit und unter realen Bedingungen gespielt- so können Verfahren überprüft, Entscheidungsprozesse optimiert und Handlungsbedarf entdeckt werden. Während der tatsächlichen Durchführung sind meist 1000 bis 2000 Personen beteiligt. Durchgeführt und geplant werden die Übungen vom BMI und BBK. Darüber hinaus wirken in jeder Übung fachlich betroffenen Bundesressorts sowie vom Szenario betroffenen Länder mit. Die für das nächste Jahr geplante Übung LÜKEX21 befasst sich mit dem Szenario „Cyberangriff auf Regierungshandeln“¹⁰.

Nach dem Eintreten eines katastrophalen Ereignisses gilt es, mit verschiedenen Zielgruppen bedarfsgerecht zu kommunizieren.

Zielgruppengerecht ist die Kommunikation, wenn „die Zielgruppe über das gewählte Kommunikationsmedium erreicht wird, motiviert werden kann, die Botschaft aufzunehmen [...] und entsprechend auf die Botschaft reagiert“¹¹. Bei der Analyse der Zielgruppen kann zwischen drei Gruppen unterschieden werden. Die erste Gruppe ist die interne Zielgruppe; darunter fällt neben den Beschäftigten der eigenen Behörde auch der Krisenstab, welcher im Krisen-oder

Katastrophenfall eingerichtet wird. In Hinblick auf die eigenen Beschäftigten, sollte die verantwortliche Stelle sicherstellen, dass der Sinn und Zweck der Krisenkommunikationsarbeit sowie die eigenen Strategien allen bekannt sind, um die Effektivität der Krisenkommunikation nicht zu gefährden; dieser Prozess ist Teil der Krisenvorsorge. Beim Eintreten eines katastrophalen Ereignisses ist von Bedeutung, dass alle Mitarbeiter_innen umfassend aufgeklärt werden und Stabsmitglieder sowie die Verantwortlichen über denselben Informations- und Wissensstand verfügen. Gut informierte Institutionen sind besser geeignet, Krisen- oder Katastrophenlagen zu bewältigen; außerdem können Spekulationen unterbunden werden¹.

Darüber hinaus ist die Kommunikation zwischen in-/direkt betroffenen Organisationen und Institutionen von Bedeutung. Hier ist eine ebenen- und bereichsübergreifende Zusammenarbeit (z.B. Bund-Länder oder Geschäftsfelder/Unternehmen/Organisationen) notwendig. Um dies zu gewährleisten, muss bereits vor Eintritt einer Katastrophe ein Netzwerk aufgebaut werden. Im Krisenfall sollte es zu regelmäßigen Lagebesprechungen kommen, damit ein durchgehender Informationsfluss aufrechterhalten bleibt und alle Beteiligten über die Entwicklung der Lage aufgeklärt werden. Widersprüchliche Aussagen von verschiedenen Stellen können sich negativ auf die Glaubwürdigkeit und das Vertrauensverhältnis zu der Bevölkerung auswirken; eine „one-voice policy“ sollte daher von den Institutionen eingehalten werden. Das Krisenteam einigt sich auf Aussagen, die für eine externe Weitergabe bestimmt sind und es werden einheitliche Sprachregelungen für alle Beteiligten erstellt. Darüber hinaus sollten abgestimmte Maßnahmen erfolgen, wie z.B. das gemeinsame Erstellen von FAQ-Katalogen⁷. Um Stellen des Bevölkerungsschutzes in den Dialog mit den Bürger_innen einzubinden, sollte man ihnen ein „Gesicht“ geben und über diesen Repräsentanten das Vertrauen der Bevölkerung aufrechterhalten⁷; verantwortliche Ent-

¹⁰Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, „LÜKEX“[Online]. Available: https://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Krisenmanagement/Luekex/Luekex_node.html [Zugriff am 18.06.2020]

¹¹D. G.-F. Böhl, „Risikokommunikation in Krisenfällen -“, [Online]. Available: https://www.bfr.bund.de/de/a-z_index/risikokommunikation-4894.html. [Zugriff am 12.05.2020].

scheidungsträger sollten deshalb früh in den Medien auftreten.

Als Drittes sind noch externe Zielgruppen zu nennen, wie z.B. Bürger_innen und Medien. Die Herausforderung bei der Kommunikation mit der Bevölkerung besteht darin, komplexe Themen verständlich zu vermitteln, indem etwa Fachsprache für die Öffentlichkeit übersetzt wird. Zu beachten ist außerdem, dass Bevölkerung nicht homogen ist, sondern sich aus vielen Teilgruppen zusammensetzt. Aufgrund der sich aus der Heterogenität der Bevölkerung ergebenden verschiedenen Bedürfnisse der Bürger_innen, gibt es bei der Krisenkommunikation kein "one size fits all"-Modell; die Bedürfnisse können durch Informationen mit verschiedenen Schwerpunkten und unterschiedlichen Kommunikationsstilen befriedigt werden. So sollten Verantwortliche differenzieren, ob sich eine Meldung etwa an Familien, Bürger_innen im ländlichen Raum, ältere Menschen oder Mitbürger_innen, die nicht muttersprachlich sind, richtet⁷. Es bietet sich an, direkte Kommunikationskanäle zu nutzen (z.B. Bürgertelefone), um auf Augenhöhe mit Bürger_innen zu kommunizieren. Grundsätzlich sollten alle Botschaften und herausgegebenen Informationen in einem angemessenen sachlichen und klaren Sprachstil gehalten werden unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten⁵.

Zu den externen Zielgruppen gehören neben der Bevölkerung der Wirtschaft (s. Kritische Infrastrukturen), anderen Behörden sowie der Wissenschaft (s. Experten) auch die Medien. Gemäß §3 des Presserechts „erfüllt [die Presse] eine öffentliche Aufgabe, wenn sie in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt oder auf andere Weise an der Meinungsbildung mitwirkt“¹². Da die Wahrnehmung der Bevölkerung der Krise und die Bewertung des Krisenmanagements von der Medienberichterstattung abhängig ist, sollte sich das Krisenteam als beste Informationsquelle und zuverlässiger Ansprechpartner für die Medien verstehen. Um das zu gewährleisten, sollten schon im Rahmen der Risikokommunikation Kontakte zu Journalist_innen und Medien gepflegt werden.

Während der Krisenbewältigung sollte ein durchgängiger Informationsfluss mit den Medien bestehen, um Spekulationen seitens der Medien vorzugreifen; um Transparenz zu schaffen, bietet es sich an regelmäßige, in angemessenem Abstand stattfindende Lageupdates zu präsentieren

Sobald die akute Krise bewältigt wurde, erfolgt eine konsequente Nachbereitung und Auswertung, um aus den Erfahrungen zu lernen und Krisenpläne anzupassen und zu optimieren. Alle Beteiligten müssen den Willen zeigen, bestehende Strategien und Konzepte auf Grundlage neu gewonnener Erfahrungen zu verändern. So können Defizite erkannt, Verfahren z.B. durch die Implementierung weiterer Frühwarnsysteme weiterentwickelt und ein besseres Vertrauensverhältnis mit der Bevölkerung aufgebaut werden¹¹. Des Weiteren kann über die sozialen Medien eine direkte Rückmeldung der Nutzer_innen eingefordert werden.

Zielgruppen der Krisenkommunikation



Abbildung 2: Zielgruppen der Krisenkommunikation, eigene Darstellung nach Bundesministerium für Inneres⁵

¹² „Niedersächsisches Pressegesetz,“ [Online]. Available: http://www.presserecht.de/index.php?option=com_content&task=view&id=28&Itemid=27. [Zugriff am 05.05. 2020]

Soziale Medien

Die Kommunikation in einer digitalisierten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wird zunehmend mobil; Menschen kommunizieren nicht mehr nur mit ihrem engen Umfeld, sondern über soziale Medien mit einer breiteren Öffentlichkeit. Darüber hinaus werden soziale Medien von Teilen der Bevölkerung auch stark als Nachrichtenquelle genutzt. Aus einer Social-Media Übersicht aus dem Jahr 2019 ergibt sich, dass der Anteil aktiver Nutzer_innen sozialer Medien an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 46% beträgt¹³. Die nachfolgende Grafik stellt eine Übersicht über die aktivsten Kanäle in Deutschland dar.

Neben den Profilen von Privatpersonen, bieten soziale Medien auch Behörden die Chance, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. In Deutschland sind mittlerweile ein Großteil der Städte und Kommunen sowie über 150 Organisationen der Öffentlichen Verwaltung auf Social-Media aktiv¹⁴; die Instagram-Community der Kanzlerin umfasst derzeit über 1,3 Millionen Follower und Gesundheitsminister Jens Spahn stellt sich Live per Facebook den Fragen der Bürger_innen.

Auch in Katastrophenlagen ist zu beobachten, dass Bürger_innen zunehmend soziale Medien benutzen, um sich über die Lage auszutauschen und Informationen zu verbreiten¹⁵.



Abbildung 3: Social Media (Quelle: Pixabay)

¹³B. Frees und W. Koch, „ARD/ZDF-Onlinestudie 2018: Zuwachs bei medialer Internetnutzung und Kommunikation,“ 2018. [Online]. Available: <https://www.ard-werbung.de/media-perspektiven/fachzeitschrift/2018/artikel/ardzdf-onlinestudie-2018-zuwachs-bei-medialer-internetnutzung-und-kommunikation/>. [Zugriff am 15 05 2020].

Längst sind Social-Media zu einem etablierten Kommunikationsmittel geworden; die Veränderungen des Kommunikationsverhalten und der Mediennutzung, die durch diese Kanäle angestoßen wurden, haben auch Auswirkungen auf die Risiko- und Krisenkommunikation von Organisationen im Bevölkerungsschutz.

Die Nutzung sozialer Medien eröffnet für Behörden neue Kommunikationsdimensionen in Krisen- und Katastrophensituationen, wobei sich mehrere Aspekte hervorheben lassen. In den sozialen Medien besteht für die Nutzer_innen die Möglichkeit Rückmeldungen auf, die von den Behörden veröffentlichten, Information in Form von Kommentaren, Pinnwandeinträgen und Abstimmungen zu geben¹⁴. Durch die Option öffentlich Kritik zu äußern, verändert sich das Anspruchsdenken der Mediennutzer_innen. Kommunikation verläuft nicht mehr nur von wenigen Sendern zu vielen Empfängern_innen ("one-to-many"), sondern jeder ist Sender und Empfänger_in zugleich ("many-to-many")¹⁵. Dieser geforderte Dialog muss von Organisationen des Bevölkerungsschutzes beachtet werden, um einen "shitstorm" zu verhindern, falls auf Fragen nicht oder unangebracht reagiert wird. Behörden können die ihnen zur Verfügung stehende Plattform aber auch nutzen, um User_innen um Informationen zu bitten, z.B. um das Einsenden von Livematerial oder Hinweisen. Hierbei muss eine Prüfung der Authentizität der Informationen erfolgen. Über die sozialen Netzwerke können darüber hinaus Zielgruppen

erreicht werden, deren Informationsbedürfnis eher über das Internet als über die klassischen Kanäle (z.B. Bürgertelefone, Pressemitteilungen) gestillt werden kann⁷. Des Weiteren ist durch die sozialen Netzwerke eine Kommunikation in Echtzeit möglich. Vor allem im Bereich der ereignisbezogenen Krisenkommunikation kann die Bevölkerung schnell informiert und mit Handlungsanweisungen versorgt werden¹⁴. Informationen können von den Nutzer_innen weiterverbreitet werden und sind über inhaltsbezogene Suchfunktionen auffindbar.

Der Gebrauch von sozialen Medien als Informationsquelle sollte daher unbedingt in die Krisenkommunikation eingebunden werden. Im Bereich der Risikokommunikation kann dafür bereits eine Community aufgebaut werden, die kontinuierlich gepflegt werden muss. Um während der akuten Katastrophe eine Kommunikationskrise zu verhindern, sollte der Umgang mit den Medien geübt werden. Es muss frühzeitig festgelegt werden, welche Kanäle genutzt werden, welche Inhalte verbreitet werden und welches Personal zuständig ist¹⁵. Nach Bewältigung der akuten Katastrophensituation kann über Social Media Feedback von den User_innen eingeholt werden und so das Medienverhalten angepasst werden.

¹⁴ „hootsuite,“ 2019. [Online]. Available: <https://blog.hootsuite.com/de/social-media-statistiken-2019-in-deutschland/>. [Zugriff am 15 05 2020]

¹⁵ Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, „Bevölkerungsschutz -Social Media,“ 2014. [Online]. Available: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/BBK/DE/2017/Nutzung_Social_Media_im_BevS.html. [Zugriff am 15 05 2020].

¹⁶ J. Eisfeld-Rescke, „Mit Social Media zur modernen Behördenkommunikation,“ 2012. [Online]. Available: http://www.ikosom.de/2012/03/19/mit-social-media-zur-modernen-behordenkommunikation-2/#_ftn1. [Zugriff am 15 05 2020].

¹⁷ R. Hillert, S. Lemanski, D. Knuth, S. Schmidt und P. Kücükbalaban,, „Soziale Medien in Krisen- und Katastrophensituationen - Ein Vergleich zwischen Deutschland, Norwegen und Frankreich,“ 2015. [Online]. [Zugriff am 15 05 2020].

¹⁸ G. Schneider und C. Toyka-Seid, „Fake News,“ 2020. [Online]. Available: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/239951/fake-news>. [Zugriff am 15 05 2020].

Fake News

Durch die Möglichkeit, Informationen ohne großen Aufwand mit einer breiten Öffentlichkeit zu teilen, wächst auch die Gefahr von gefälschten Nachrichten. Es geht hierbei nicht nur darum, absichtlich falsche Nachrichten zu verbreiten, sondern auch darum, „halbwahre“ Informationen mit Emotionen zu belegen und so verdeckte Werte zu vermitteln¹⁷. Die Menschen sollen von den News beeindruckt werden und diese weiterleiten; sie werden manipuliert. So wurden beispielsweise in der Endphase des US-Wahlkampfes 2016 die 20 erfolgreichsten Falschmeldungen öfter geteilt als die 20 erfolgreichsten Berichte seriöser Medien¹⁸. Um vor allem in Krisensituationen die Verbreitung von Fake News zu verhindern, ist es

notwendig, die in einer Information enthaltenen Fakten und die Authentizität der Quelle kritisch zu überprüfen¹⁹. Personelle Verantwortung/Zuständigkeit sollte im Rahmen der Krisenvorsorge festgelegt werden. Beim THW ist z.B. das sogenannte „Virtual Operations Support Team“ (VOST) im Dauereinsatz, welches lagerelevante Informationen im Rahmen der Corona-Berichterstattung identifiziert und Fake News bzw. Informationen, die einer Klarstellung bedürfen, herausfiltert¹⁹.

Fake News oder Fakten?

Die Corona-Pandemie schürt bei vielen Menschen Angst und Verunsicherung; der perfekte Nährboden für Verschwörungsmythen und Falschmeldungen.

Aktuellen Untersuchungen von Medienwissenschaftler_innen zufolge hat die Verbreitung von Falschnachrichten und Verschwörungsmythen ein bislang ungekanntes Ausmaß erreicht²⁰. Diese Meldungen können eine Verharmlosung des Virus implizieren, dessen Existenz gar ganz infrage stellen oder zu Panik führen. Durch die sozialen Medien verbreiten sich die Falschmeldungen schnell und erschweren es den User_innen, diese von wissenschaftlich bewiesenen Fakten zu unterscheiden. Besonders gefährlich wird es, wenn politische Entscheidungsträger_innen beginnen, falsche oder „halbwahre“ Informationen zu äußern. So schlug US-Präsident Trump etwa im April vor, man solle ausprobieren, Menschen gegen das Coronavirus Desinfektionsmittel zu injizieren. Diese Mittel sind allerdings ausschließlich für äußere Anwendung brauchbar, denn sie enthalten gesundheitsschädliche und krebserregende Substanzen²¹. Durch die Äußerung Trumps, kam es zu einem deutlichen Anstieg der Anrufe bei Gifthotlines und mehreren Toten.

¹⁹Techinsches Hilfswerk, „Corona-Einsatz: VOST mit digitaler Unterstützung,“ 2020. [Online]. Available: https://www.thw.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Einsaetze/national/2020/corona/meldung_002_vost.html?noMobile=1. [Zugriff am 15 05 2020]

²⁰K. Schmid, „Informationen zu Corona: Fakten oder Fake News?,“ 28 04 2020. [Online]. Available: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Informationen-zu-Corona-Fakten-oder-Fake-News,fakenews202.html>. [Zugriff am 19 05 2020].

²¹W. Rohwedder, „Sommer, Sonne - und Spritzen?,“ 24 04 2020. [Online]. Available: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/trump-corona-desinfektionsmittel-101.html>. [Zugriff am 19 05 2020].

Expertenstimmen zu Risiko- und Krisenkommunikation

Dr. Wolfram Geier ist Vorstandsmitglied des DKKV und Abteilungspräsident im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Er ist Experte für das Katastrophenrisikomanagement und hält im Rahmen des KaVoMa- Studienganges Vorträge zur Risikoanalyse und -kommunikation.



Quelle: privat

1. Welche Rolle spielt das Thema Risiko- und Krisenkommunikation in Ihrem beruflichen Alltag?

Das Thema spielt eine große Rolle, da wir als Bundesbehörde zum einen den Auftrag haben Risikoanalysen zu erstellen und über deren Ergebnisse zu berichten, sowie zum anderen der Aufgabe nachkommen müssen, die Bevölkerung regelmäßig über Risiken und Gefahren zu informieren und für Selbstschutz- und Selbsthilfemaßnahmen zu sensibilisieren (Risikokommunikation). In Krisenlagen selbst kommunizieren wir über alle unsere Kanäle dann wichtige Informationen zum richtigen Umgang mit der Lage, warnen die Bevölkerung über unser modulares Warnsystem einschließlich der Warn-App NINA, beantworten z.B. auch über unser Bürgertelefon oder digitale Medien Fragen aus der Bevölkerung und geben wichtige Empfehlungen an andere Behörden und die Öffentlichkeit (Krisenkommunikation).

2. Welchen Stellenwert hat Ihrer Meinung nach die Risikokommunikation und wie grenzen Sie diese von der Krisenkommunikation ab?

Ohne eine langfristig angelegte und gut aufgebaute Risikokommunikation kann eine wirksame Prävention und auch Vorsorge und Vorbereitung auf Katastrophen oder Krisen nicht wirklich erfolgreich sein. Krisenkommunikation baut auf der Risikokommunikation auf und nutzt z.B. im Vorfeld aufgebaute Informations- und Kommunikationsnetzwerke sowie die durch die Risikokommunikation entwickelte Risikokultur zum richtigen Umgang mit Risiken einerseits, sowie zum sicheren Umgang mit Katastrophen und Krisen in den Lagen andererseits. Beide - Risikokommunikation und Krisenkommunikation - sind nur die zwei Seiten derselben Medaille.

3. Was kennzeichnet gelungene Krisenkommunikation im Allgemeinen?

Sie muss zielgerichtet, klar und verständlich sein und je nach Zielgruppe den gewünschten Erfolg haben. Zu den Zielgruppen gehören alle gesellschaftlichen Bereiche: die Bevölkerung mit ihren jeweiligen Untergruppen (Kinder, Ältere und erkrankte Menschen, Migranten usw.), Behörden, Unternehmen u.a. In einer Lage (Krise oder Katastrophe) muss die Krisenkommunikation einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Lage erfolgreich und ohne Panik oder gravierendes Fehlverhalten bestimmter Zielgruppen zu meistern. Krisenkommunikation darf niemals bewusst Falschaussagen treffen oder laut Vermutungen anstellen, die auf keinen validen Informationen basieren. Ehrlichkeit dient in diesem Kontext der Vertrauensbildung, die in Krisen und Katastrophen von elementarer Bedeutung ist.

4. Was ist während der aktuellen Pandemie in Hinblick auf die Krisenkommunikation besonders wichtig?

Klare und für alle Zielgruppen eindeutige, verständliche und möglichst valide Informationen und Aussagen zur Lage und zur Lageentwicklung sowie nachvollziehbare klare Handlungsanweisungen zum Verhalten bzw. zum Eigenschutz und zum Schutz der Mitmenschen, aber auch dem Schutz von Infrastrukturen wie dem Gesundheitswesen.

5. Wie bewerten Sie die Krisenkommunikation, wie sie von staatlichen und behördlichen Stellen zurzeit betrieben wird, um die Bevölkerung zu informieren?

Es ist zu früh, um ein endgültiges Resumé zu ziehen. Hier bedarf es wissenschaftlich basierter Auswertungen der Lage, die zwingend auch das Thema Risiko- und Krisenkommunikation umfassen muss. Aufgrund der aktuellen positiven Lageentwicklung in Deutschland Anfang Juni 2020 ist jedoch stark zu vermuten, dass die Kommunikationsstrategien der Bundes-, Länder- und Kommunalbehörden in Gänze recht erfolgreich waren, auch wenn es im Detail sicherlich deutliche Optimierungsbedarfe gerade mit Blick auf die Zusammenarbeit mit den Medien, aber auch mit der Wissenschaft gibt.

6. Welche Rolle spielen Internet und soziale Medien bei der Kommunikation rund um das Coronavirus?

Digitale Medien spielen heute und in Zukunft eine sehr große Rolle im Rahmen einer erfolgreichen Krisenbewältigung sowie auch einer möglichen Krisenverstärkung, z.B. durch Fake News, Verschwörungstheorien sowie isolierte Kommunikations-Blasen. Die Behörden müssen sich auf allen Ebenen noch deutlich stärker mit den digitalen Medien auseinandersetzen und entsprechende Kommunikationsstrategien entwickeln, was aber auch voraussetzt, dass dafür Personal und Haushaltsmittel dauerhaft zur Verfügung stehen, da eine erfolgreiche digitale Kommunikationsstrategie immer auch sehr ressourcenintensiv ist.

7. Welche Lehren bzw. Erkenntnisse können schon jetzt aus der aktuellen Covid-19 Lage gewonnen bzw. gezogen werden? In welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf?

Wir müssen dringend an der Fragestellung arbeiten, warum umfangreiche vorhandene Erkenntnisse zum Thema Pandemie-Risiko, z.B. gewonnen aus Übungen wie der LÜKEX 2007, der Risikoanalyse 2012 oder den Fortschreibungen der Pandemie-Pläne in Vergangenheit nur unzureichend oder gar nicht im politischen Raum diskutiert und daraus rechtzeitig erforderliche Maßnahmen nicht ergriffen wurden. Dies betrifft nicht nur Deutschland. Das Phänomen ist z. B. auch in der Schweiz und im Vereinigten Königreich aufgetreten. Es betrifft auch nicht nur das Pandemie-Risiko, sondern zahlreiche andere Risiken. Darüber hinaus müssen wir weg vom reinen Ressort- und Schubladendenken hin zu einem querschnittlich gedachten und gelebten Katastrophenrisikomanagement einschließlich des Bevölkerungsschutzes. Last but not least benötigen wir eine nachhaltige Finanzierung dieser Aufgaben im Rahmen der Vorsorge und eine Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit der staatlicher Ebenen.

Interview vom 05.06.2020

Martin Zeidler arbeitet als Leiter des Außendienstes der Bundesanstalt THW. Das THW unterstützt die Bundesregierung in den Bereichen Zivilschutz und Katastrophenhilfe. Herr Zeidler ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender des DKKV.



Quelle: privat

Risiko-undKrisenkommunikation

1. Welche Rolle spielt das Thema Risiko- und Krisenkommunikation in Ihrem beruflichen Alltag?

Die Bundesanstalt THW ist die Einsatzorganisation des Bundes im Bevölkerungsschutz. Damit ist das Einsatzgeschehen die Kernaufgabe des THW und als solche unmittelbar verbunden mit Risiko- und Krisenkommunikation. Sie ist somit ein essenzieller Bestandteil für viele hauptamtliche Mitarbeitende und gehört fest zum beruflichen Alltag. Durch die Besonderheit, dass ca. 98 Prozent der THW-Angehörigen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind, bekommt die Risiko- und Krisenkommunikation zusätzlich einen besonderen Stellenwert.

2. Welchen Stellenwert hat Ihrer Meinung nach die Risikokommunikation und wie grenzen Sie diese von der Krisenkommunikation ab?

Beide Arten der Kommunikation haben einen sehr hohen Stellenwert. Die Risikokommunikation legt die Grundlagen für eine gelungene Kommunikation in der Krise und trägt daneben zu anderen Faktoren wie z.B. einer erhöhten Resilienz bei. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Risiko- und Krisenkommunikation liegt in der zeitlichen Dimension. Risikokommunikation dient der Prävention und der Vorbereitung auf Gefahren und Risiken – sie findet anlassunabhängig statt. Krisenkommunikation bezieht sich auf eine konkrete Gefahr oder ein eingetretenes Ereignis.

3. Was kennzeichnet gelungene Krisenkommunikation im Allgemeinen?

Gelungene Krisenkommunikation beruht auf folgenden wesentlichen Grundsätzen: Glaubwürdigkeit, Transparenz, Kommunikationsführerschaft (Communications Lead), Verständlichkeit, und Dialogorientierung. Sie stellt klare Verantwortlichkeiten dar und bildet die Grundlage für ein inhaltlich und argumentativ einheitliches Auftreten. Ein grundlegender Fehler in der Krisenkommunikation ist es, wenn Fakten und Tatsachen nicht klar oder zu spät kommuniziert werden, sondern eine argumentative Beschwichtigung dieser versucht wird. Das kann im Zweifel zu Verunsicherung führen.

4. Was ist während der aktuellen Pandemie im Hinblick auf die Krisenkommunikation besonders wichtig?

Wichtig ist, dass die oben aufgeführten Grundsätze berücksichtigt werden. Gerade dadurch, dass eine Pandemie nicht so plastisch erfassbar ist, wie z. B. ein Erdbeben oder eine andere Naturkatastrophe, ist Transparenz ein wesentlicher Bestandteil in der Krisenkommunikation. Es muss eine schnelle, also aktive und frühzeitige Kommunikation erfolgen, nicht zuletzt, um falschen Meldungen und Interpretationen vorzugreifen. Diese muss sachlich, transparent und verständlich sein. Idealerweise wird die Kommunikation einfach und bildhaft vollzogen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Konsistenz: Krisenkommunikation muss einheitlich und kontinuierlich erfolgen. In einer Pandemie-Lage kommt verstärkt hinzu, dass die Krisenkommunikation zielgruppenspezifisch und zielgruppengerecht erfolgen muss. Eine wesentliche Zielgruppe ist in diesem Fall die Bevölkerung.

5. Wie bewerten Sie die Krisenkommunikation, wie sie von staatlichen und behördlichen Stellen zurzeit betrieben wird, um die Bevölkerung zu informieren?

Die aktuelle Krisenkommunikation von staatlichen und behördlichen Stellen ist gut. Sie wird insbesondere innerhalb Europas als sehr positives Beispiel wahrgenommen. Gleichwohl wäre aus Sicht der Bevölkerung eine bundeslandübergreifende konsistentere und homogenere Kommunikation wünschenswert gewesen. Inkonsistente und nicht aufeinander abgestimmte Kommunikation ist einer einheitlichen Krisenkommunikation abträglich. Zusätzlich zu einer guten Kommunikation vor und in einer Krise ist auch eine gute und stringente Kommunikation, wenn die Krisensituation abflacht.

6. Welche Rolle spielen Internet und soziale Medien bei der Kommunikation rund um das Coronavirus?

Soziale Medien spielen eine wichtige Rolle, denn sie sind gerade im Hinblick auf eine schnelle und ortsbezogene Verbreitung von Inhalten ein wesentlicher Baustein. Vor allem aus Sicht einer transparenten Krisenkommunikation gilt es hier,

die Fakten von Falschnachrichten zu trennen. Umso wichtiger ist es, dass die oben aufgeführten wesentlichen Grundsätze einer Krisenkommunikation stringent eingehalten werden. Die staatlichen und behördlichen Stellen müssen in den sozialen Medien ein gutes Monitoring haben, um frühzeitig auf eventuelle Störungen – aber auch auf auflommende Fragen – reagieren zu können. Dazu zählt ebenfalls ein gutes Community Management, also der aktive, leitende Austausch mit Dialoggruppen. Damit soziale Medien im Krisenfall einen positiven Nutzen entfalten können, muss im Vorfeld Glaubwürdigkeit und Reichweite aufgebaut werden.

7. Welche Lehren bzw. Erkenntnisse können schon jetzt aus der aktuellen Covid-19 Lage gewonnen bzw. gezogen werden? In welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf?

Die Covid-19 Lage hat gezeigt, dass bundesweit einheitliche Kommunikation und bundesweit einheitliches Handeln wichtig und grundlegend sind. Je länger eine Lage dauert, desto schwieriger ist es, eine einheitliche Krisenkommunikation durchzuhalten. Der Handlungsbedarf im Hinblick auf die operative Bewältigung der Lage wird sich aus den Auswertungen der einzelnen Bereiche ergeben. Prävention ist nach wie vor ein Schlüssel zum Erfolg in der Bewältigung einer Lage. Dies muss sich immer wieder vor Augen geführt werden.

Interview vom 05.06.2020

Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich leitet seit 2009 das Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit an der Bergischen Universität Wuppertal und ist an zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsprojekten zu Bevölkerungsschutzthemen beteiligt. Herr Professor Fiedrich ist persönliches Mitglied des DKKV sowie Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Sicherheit von Großveranstaltungen (VFSG e.V.), Ehrenmitglied der International Association for Information Systems in Crisis Response and Management (ISCRAM).



Quelle: Bo Tackenberg

1. Welche Rolle spielt das Thema Risiko- und Krisenkommunikation in Ihrem beruflichen Alltag?

An meinem Lehrstuhl beschäftigen wir uns sowohl in Forschung als auch Lehre mit dem Thema. So vermitteln wir beispielsweise in unserer Vorlesung „Organisation und Kommunikation im Bevölkerungsschutz“ sowohl theoretische als auch praktische Aspekte der Risiko- und Krisenkommunikation. Darüber hinaus arbeiten wir in studentischen Projekten und Abschlussarbeiten zu diesen Themen eng mit Unternehmen und kommunalen Akteuren zusammen. In Forschungsprojekten beschäftigen wir uns aktuell unter anderem mit der Rolle der sozialen Medien in der digitalen Einsatzunterstützung.

2. Welchen Stellenwert hat Ihrer Meinung nach die Risikokommunikation und wie grenzen Sie diese von der Krisenkommunikation ab?

Risiko- und Krisenkommunikation sind ein zentraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes und beide Themen sind eng miteinander verbunden.

Risiko-undKrisenkommunikation

Während die Krisenkommunikation an die Bewältigung konkreter Ereignisse gebunden ist, ist die Risikokommunikation ereignisunabhängiger und findet im Idealfall bereits vor einer Krise statt. Risikokommunikation hat also einen stärkeren präventiven Charakter, ist längerfristig angelegt und dadurch eine wesentliche Voraussetzung für gute Krisenkommunikation. Die Krisenkommunikation während einer konkreten Einsatzlage ist ein erfolgsbestimmender Bestandteil des Krisenmanagements und beeinflusst die öffentliche Wahrnehmung und das Vertrauen in die verantwortlichen Akteure und ihre Entscheidungen. In der aktuellen Pandemie verschwimmen allerdings die Grenzen zwischen Risiko- und Krisenkommunikation.

3. Was kennzeichnet gelungene Krisenkommunikation im Allgemeinen?

Gute Krisenkommunikation hat viele Facetten. Sie muss unter anderem offen, ehrlich, transparent und nachvollziehbar sein. Entscheidungen sollten dabei in klarer und verständlicher Sprache begründet werden und es sollte keine Inkonsistenzen zwischen Aussagen und Handlungen geben. Wenn mehrere Organisationen für die Bewältigung der Krise verantwortlich sind, ist unter Wahrung der jeweils eigenen Verantwortlichkeiten eine interne Abstimmung vor der Veröffentlichung anzustreben. Nur so kann Vertrauen und Glaubwürdigkeit aufgebaut bzw. bewahrt werden. Um betroffene Bevölkerungsgruppen und andere Stakeholder zu erreichen, sind Kommunikationsmedien und Sprache zielgruppenorientiert anzupassen. Beschränkungen auf einzelne Kommunikationskanäle, wie beispielsweise Pressekonferenzen, sind daher nicht sinnvoll. Dialogorientierte Formate können dabei unterstützen, direkt auf Sorgen und Nöte Betroffener einzugehen.

4. Was ist während der aktuellen Pandemie in Hinblick auf die Krisenkommunikation besonders wichtig?

Auch bei der aktuellen Pandemie gelten im Prinzip die gleichen allgemeinen Grundsätze guter Krisenkommunikation. Aufgrund der sehr komplexen Rahmenbedingungen ergeben sich dabei allerdings besondere Herausforderungen. Im Gegensatz zu vielen bisherigen Krisen haben wir es aktuell mit einer sehr lange andauernden Krise zu tun, die deutschlandweit alle Bereiche unserer Gesellschaft nachhaltig betrifft und darüber hinaus auch

eine starke internationale Komponente hat. Eine besondere Herausforderung ist dabei, dass unterschiedliche gesellschaftliche Akteure in ganz unterschiedlicher Art und Weise betroffen sind und somit unterschiedliche Erwartungen an das staatliche Krisenmanagement haben. Das staatliche Krisenmanagement steht somit vor dem Dilemma, dass es keine für alle individuellen Gruppen optimale Lösung bereitstellen kann. Hinzu kommt, dass die Wirksamkeit von eingeleiteten Maßnahmen erst zeitlich stark verzögert erkennbar wird und nicht mehr einfach den einzelnen Maßnahmen zugeordnet werden kann. Hierdurch ist es in viel stärkerem Maß erforderlich, eine aktive und offensive Informationspolitik zu betreiben und regelmäßig über neue Erkenntnisse und Anpassungen im Krisenmanagement zu kommunizieren.

5. Wie bewerten Sie die Krisenkommunikation, wie sie von staatlichen und behördlichen Stellen zurzeit betrieben wird, um die Bevölkerung zu informieren?

Während des nationalen Shutdown ist die Krisenkommunikation auf Bundes- und Landesebene meiner Meinung nach weitestgehend gut gelungen – auch wenn sie etwas spät Fahrt aufgenommen hat. Entscheidungen wurden in weiten Teilen gut kommuniziert und begründet. Trotz der großen Unsicherheiten, die mit der Coronapandemie verbunden sind, gab es im Großen und Ganzen eine einheitliche Linie, die von den Bürger_innen auch akzeptiert wurde. Auf lokaler Ebene waren die behördlichen Akteure allerdings häufig überlastet und es gelang kaum, den Ansturm an Anfragen zu bewältigen und den Kommunikationsbedarf der Bevölkerung zu befriedigen. Erste größere Risse gab es meiner Meinung nach bei den Diskussionen über den Nutzen der sogenannten Community-Masken. Widersprüchliche Aussagen zur Wirksamkeit haben hier zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen und das Vertrauen in Regierungshandeln wurde beeinträchtigt. In der aktuellen Phase der Lockerungsmaßnahmen wirkt die staatliche und behördliche Krisenkommunikation allerdings wenig abgestimmt und konsequent. Aufgrund der teilweise stark unterschiedlichen länderspezifischen Maßnahmen ist es für Bürger_innen schwierig, eine einheitliche Linie zu erkennen und das eigene Verhalten daran auszurichten.

6. Welche Rolle spielen Internet und soziale Medien bei der Kommunikation rund um das Coronavirus?

Ohne eigene Präsenz in den sozialen Medien und ohne ein adäquates Monitoring der sozialen Medien ist gute Krisenkommunikation heutzutage nicht mehr möglich. Corona-Verschwörungstheorien, Gerüchten und bewusst gestreuten Fake News kann nur entgegengewirkt werden, wenn staatliche und behördliche Stellen Tendenzen schnell erkennen und aktiv entgegenwirken. So können beispielsweise Sentiment-Analysen dabei helfen, Stimmungen im Netz frühzeitig zu erkennen und Kommunikationsstrategien entsprechend anzupassen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass auch staatliche Akteure zusätzlich zur normalen Internetpräsenz auch in den sozialen Medien mit eigenen Profilen aktiv sind. Hierbei haben es aktuell diejenigen staatlichen Sicherheitsakteure einfacher, die bereits vor der Pandemie eigene

Profile haben und ein vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Followern aufbauen konnten.

7. Welche Lehren bzw. Erkenntnisse können schon jetzt aus der aktuellen Covid-19 Lage gewonnen bzw. gezogen werden? In welchen Bereichen besteht Handlungsbedarf?

Aktuelle Entwicklungen haben verdeutlicht, dass eine behördenübergreifende abgestimmte Krisenkommunikation für ein erfolgreiches Regierungshandeln von großer Bedeutung ist. Während diese einheitliche Kommunikation bei lokalen und zeitlich begrenzten Ereignissen, wie beispielsweise bei Wetterereignissen oder terroristischen Anschlägen, inzwischen sehr gut gelingt, offenbart die Corona-Krise deutlich Schwächen in der interorganisationalen Zusammenarbeit der Akteure – und dies nicht nur im Bereich der Krisenkommunikation.

Interview vom 23.06.2020

In eigener Sache: Sekretariat des Bonner Netzwerks nun beim DKKV

Das Bonner Netzwerk „Internationaler Katastrophenschutz und Risikomanagement“ wurde 2017 gegründet, um die an diesem Standort ansässigen Institutionen mit Arbeitsschwerpunkten in der Katastrophenvorsorge und dem Katastrophenschutz miteinander zu vernetzen und den Austausch zwischen diesen zu fördern.

Neben dem DKKV sind u.a. auch institutionelle Mitglieder des DKKV wie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das Technische Hilfswerk (THW), Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) Mitglieder des Netzwerkes. Daneben sind auch weitere Institutionen wie die Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (UN-SPIDER), das Sekretariat der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge (UNISDR/UNDRR), die Deutsche Post DHL Group (DHL), das Geographische Institut der Universität Bonn, das Internationale Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der Hochschule der Bonn Rhein-Sieg (IZNE) und die Stadt Bonn mit an Bord.

Nach einer öffentlichen Vorlesungsreihe im WS 2018/2019 soll nun das Netzwerk stärker institutionalisiert werden und erarbeitet derzeit eine Strategie für die zukünftige Kooperation. Hierbei wurde bereits festgeschrieben, dass es zukünftig ein Sekretariat geben soll, um die Vernetzung und den Informationsaustausch zu stärken. Das DKKV wurde von der Stadt Bonn beauftragt diese Funktion zu übernehmen und wird sich zukünftig um die organisatorische und inhaltliche Steuerung des Netzwerkes einsetzen.

Weitere Informationen: <https://www.bonn.de/netzwerk-katastrophenschutz>



Bonner Netzwerk
Internationaler Katastrophenschutz
und Risikomanagement

**STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.**

Meldungen

Der ehemalige DKKV-Vorsitzende Norbert Blüm (1935-2020) ist verstorben

Am 23. April verstarb Norbert Blüm im Alter von 84 Jahren in Bonn. Blüm war CDU-Politiker und von 1982 bis 1998 Bundesarbeits- und Sozialminister. Eine seiner nachhaltigsten Leistungen war 1995 die Einführung der Pflegeversicherung. Außerdem prägte er den Satz "Die Rente ist sicher". Bis ins hohe Alter hat Blüm sich engagiert, beispielsweise für Flüchtlinge und Kinder - so besuchte er noch mit 80 Jahren das griechische Flüchtlingscamp Idomeni. Mit Norbert Blüm hat Deutschland eine herausragende Persönlichkeit und einen prägenden Politiker verloren, der noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Der Arbeitersohn lernte nach der Volksschule zunächst Werkzeugmacher bei Opel Rüsselsheim. Mit 15 Jahren wurde er Mitglied in der Gewerkschaft IG Metall und trat der CDU bei. Nachdem er am Abendgymnasium in Mainz das Abitur nachgeholt hatte, studierte Norbert Blüm Philosophie, Geschichte und Theologie an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms Universität Bonn und promovierte schließlich über den Soziologen Ferdinand Tönnies. Von 1977 an stand der Politiker für zehn Jahre an der Spitze der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).



Quelle:privat

Nach Beendigung der Dekade zur Reduzierung von Naturkatastrophen (IDNDR), wurde das Komitee in Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge umbenannt und von 1999 bis 2001 von Norbert Blüm geleitet. DKKV-Mitglieder berichten von seiner Zeit als Vorsitzender:

Prof. Dr. Gerd Tetzlaff, emeritierter Professor bei dem Institut für Meteorologie, Universität Leipzig:

Mit dem Vorsitz von Norbert Blüm erlebte das DKKV eine aktive Phase. Die beiden Beiräte wurden zu Aktivitäten ermutigt. Der wissenschaftliche Beirat hatte zum Ende des Jahres 2000 den Vorschlag zu einer DKKV-eigenen Tagungsreihe konkretisiert und zum 1. Forum Katastrophenvorsorge nach Freiburg eingeladen. Das war mit der großen internationalen Anerkennung des Global Fire Monitoring Centres verbunden. Norbert Blüm unterstützte diese Aktivitäten nachhaltig.

Das Forum war gedacht als jährliche Veranstaltung und der Vorschlag von Norbert Blüm zu einem möglichen Thema des Forums im Jahre 2002 waren Wetterkatastrophen. Der wissenschaftliche Beirat kam zu dem Schluss, das 2. Forum in Leipzig abzuhalten. Dort begleitete Norbert Blüm die ganze Tagung und er begrüßte die erkennbaren Entwicklungen, die einen Beitrag zum „Brunnen abdecken, bevor das Kind hineingefallen ist“ (s. Tagungsband, Grußwort von Norbert Blüm) leisteten. Auch nahm Norbert Blüm die Möglichkeit der erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wahr, die mit den Ereignissen des 11. September verbunden waren, um die Sache der Katastrophenvorsorge darzustellen. In den folgenden Jahren entwickelte sich das von Norbert Blüm mit initiierte Forum Katastrophenvorsorge sehr erfolgreich weiter.

Prof. Dr. Friedemann Wenzel, Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Geophysikalisches Institut:

Ich erlebte den Vorsitzenden des DKKV, Dr. Norbert Blüm, in meiner damaligen Funktion als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats. Norbert Blüm übte den Vorsitz in einer kritischen Phase aus: Das von Hans-Dietrich Genscher 1990 ins Leben gerufene Deutsche IDNDR- Komitee zur Katastrophenvorbeugung, dessen Lebensdauer auf 10 Jahre ausgelegt war transformierte sich in das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge. Das erforderte eine neue inhaltliche Ausrichtung mit dem inhaltlichen Fokus auf Vorsorge und der Zuwendung auf Fragen des Klimawandels und die Sicherstellung der Finanzierung durch das Auswärtige Amt. Norbert Blüm war ein ‚Tat-Mensch‘, mit dem man zwar tiefgründig diskutieren konnte, der aber am Ende immer konkrete Resultate und praktische Schritte sehen wollte. Beeindruckend fand ich, neben der oben genannten strategischen Leistung, sein Engagement für die Stärkung der Rolle der AKNZ (Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz) beim BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe), aber auch zum Beispiel als er 2001, nach dem verheerenden Erdbeben von Gujarat (Indien), vor dem Berliner Reichstag Spenden für das Kinderhilfswerk Terre des Hommes sammelte nach einem seiner Mottos ‚Mitredner haben wir genug, Mitarbeiter zu wenig‘.

Quelle: GFMC



Quelle: GFMC



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Johann Georg Goldammer, Leiter des Global Fire Monitoring Center (GFMC), Max-Planck-Institut für Chemie und Universität Freiburg:

Das Wirken von Norbert Blüm als Vorsitzender fällt in eine Zeit, in der das DKKV sich in vielfacher Hinsicht nach außen öffnete. Dazu zählte vor allem der Beginn der jährlich veranstalteten Foren „Katastrophenvorsorge“. Das Erste Forum „Extreme Naturereignisse und Vulnerabilität“, das wir im September 2000 am GFMC in Freiburg im Breisgau ausrichteten, brachte erstmals Schlüssel-Akteure aus der Wissenschaft und von Bund und Ländern ebenso zusammen, wie auch das Genfer Sekretariat der UNISDR. In diesem Umfeld ging Norbert Blüm auf – das Zusammenspiel von Fachleuten aus den unterschiedlichsten Etagen der Katastrophenvorsorge. Dabei war seine Begegnung mit den „Freiburg Hotshots“ unvergesslich (s. Fotos). Dieses Team des GFMC bestand aus Mitarbeiter_innen und Forststudent_innen und hatte sich bereits vor 20 Jahren so aufgestellt, wie man es heute gern in Deutschland auf der Fläche sehen würde. Norbert Blüm fing die jungen Leute mit seiner humorvollen Art ein, er verstand es, dass sehr ernsthafte Thema der Katastrophenvorsorge so zu verpacken, dass der Nachwuchs nur motiviert sein konnte. Umso mehr bedauerten wir in Freiburg, dass Norbert Blüm Ende des Jahres den Vorsitz des DKKV abgab.

DKKV-WebTalk Reihe: aus Wissenschaft, Praxis und Politik

Der neuartige Corona-Virus (SARS-CoV-2) hat zu einer globalen Pandemie geführt, deren Auswirkungen inzwischen für alle spürbar geworden sind. Die Bewältigung der Covid-19-Krise ist daher eine wissenschaftsübergreifende, gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das starke Netzwerk des DKKV mit diversen Akteuren aus den operativen und wissenschaftlichen Bereichen der Katastrophenvorsorge, der Risikoforschung und des gesellschaftlichen Risiko- und Krisenmanagements stellt ein Alleinstellungsmerkmal auf nationaler Ebene dar, um den fachübergreifenden Austausch über aktuelle Entwicklungen in der Katastrophenvorsorge zu gewährleisten.

Wir möchten unsere WebTalk-Serie daher als Diskussions- und Wissenschaftsplattform nutzen, um der Fachöffentlichkeit aus unserem Netzwerk die Möglichkeit für einen interdisziplinären Austausch zu geben. Die erarbeiteten Aspekte können dann aktiv in die öffentliche Diskussion eingebracht werden und so eine effektive Krisenbewältigung vorantreiben. Das Ziel des DKKV, eine interdisziplinäre Betrachtung der Lage zu schaffen und so ein modernes, effektives Risiko- und Krisenmanagement zu implementieren, wird dadurch verfolgt.

Informationen zu zukünftigen WebTalks finden Sie auf unserer Webseite. Wenn Sie Themenvorschläge, Anmerkungen oder Interesse haben, selber in einem WebTalk zu sprechen, kontaktieren Sie uns gerne unter info@dkkv.org.



Global Network of Civil Society Organisations for Disaster Reduction (GNDR) hat die „Strategie 2020-25“ veröffentlicht

GNDR ist das größte internationale Netzwerk von Organisationen der Zivilgesellschaft, die daran arbeiten, die Widerstandsfähigkeit von Gemeinden zu stärken und so Risiken zu verringern. Die von den Mitgliedern erarbeitete globale Strategie wird die kollektive Arbeit des GNDR-Netzwerkes für die nächsten fünf Jahre leiten. Das DKKV ist die nationale Kontaktstelle für das GNDR-Netzwerk.

"Local leadership for global impact" heißt das Thema der neuen Strategie. GNDR verfolgt die Vision eine Welt zu schaffen, in der alle zusammenarbeiten, um die Widerstandsfähigkeit der am stärksten gefährdeten Menschen zu stärken und zu verhindern, dass Gefahren zu Katastrophen werden. Die Kernziele sind dabei die Stärkung der Zusammen-

arbeit und Solidarität von Organisationen der Zivilgesellschaft, die Stärkung der Kapazität lokaler Kommunen sowie eine Entwicklung mit Fokus auf die Aufklärung der Bevölkerung über Risiken.

Lesen Sie mehr über die neue Strategie sowie zu den Aktivitäten und Prinzipien des GNDR: https://strategy.gndr.org/?utm_source=All+GNDR+members+and+subscribers&utm_campaign=be7ef2f2f2-Strategy+Launch+EN&utm_medium=email&utm_term=0_4006e4ddb6-be7ef2f2f2-240428285

Call for papers: 'Geo-Hydrological Risks Management'

Das Magazin "Geosciences" plant eine Sonderausgabe, welche darauf abzielt, hochwertige, originelle Forschungsartikel und technische Hinweise zum Einsatz von Geowissenschaften zu sammeln, die auf das geohydrologische Risikomanagement angewendet werden können. Die Sonderausgabe wird Fallstudien, Best-practice-Beispiele und angewandte Forschung vorstellen. Die Leser werden dazu eingeladen, aktuelle Arbeiten in Form eines Artikels zu den oben genannten Themen einzureichen. Das Verwenden von open-source Quellen wird empfohlen.

Das Einreichen der Manuskripte soll bis zum 30. September 2020 erfolgen.

Weitere Informationen zu dem „Call for papers“: https://www.mdpi.com/journal/geosciences/special_issues/Geo-Hydrological_Risksinfo

Literatur

„Bevölkerungsschutz Magazin“

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)

Download: https://www.bbk.bund.de/Shared-Docs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Publicationmagazin/bsmag_2_20.pdf?blob=publication-file

Zusammenfassung:

In der Ausgabe 02/2020 liegt der Themenschwerpunkt auf der Selbsthilfefähigkeit. Expert_innen schreiben über die verschiedenen Facetten von Katastrophenvorsorge, Risikomanagement, Selbstschutz und Selbsthilfe auch mit Blick auf die durch das Coronavirus verursachte Krise. Sie geben Praxisbeispiele, berichten von Erfahrungen aus der Vergangenheit und blicken in die Zukunft. Neben der Selbsthilfefähigkeit bspw. bei Extremwetterlagen, werden auch Ergebnisse einer Studie zum Thema Risikokulturen bei der Nutzung sozialer Medien in Krisen vorgestellt. Darüber hinaus finden Sie in dem Magazin auch ein Interview mit unserer Vorstandsvorsitzenden Katja Dörner, in dem sie mit Dr. Wolfram Geier über Aufgaben und Vorhaben des DKKV spricht.

„UBA aktuell“ Nr. 3/ 2020

Herausgeber: Umweltbundesamt

Download: <https://www.umweltbundesamt.de/service/newsletter/archiv/uba-aktuell-nr-32020>

Zusammenfassung:

In dieser Newsletterausgabe stellt das Umweltbundesamt u.a. wissenschaftliche Erkenntnisse rund um das Thema Covid-19 aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich zusammen. Darüber hinaus werden Verbrauchertipps, z.B. zum Umgang mit Asbest in Gebäuden, gegeben sowie Antworten aus Wissenschaft und Forschung auf Fragen zum Thema Trockenheit in Deutschland vorgestellt. In dem Newsletter finden Sie darüber hinaus Leitsätze für eine Kreislaufwirtschaft, welche das UBA veröffentlicht hat, und Hinweise auf Ausschreibungen und Veranstaltungen.

Newsletter der Abteilung Erdbeobachtung des DLR

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Download: https://www.dialogplattform-erdbeobachtung.de/downloads/newsletter/Newsletter_NeuePerspektivenderEO_2020-05.pdf

Zusammenfassung:

Die Ausgabe Nr.5 / 2020 beinhaltet Hinweise zu neuen Förderbekanntmachungen und Stellenausschreibungen. Des Weiteren erfährt der Leser etwas zu den „Digital Twin Earth Precursors“, wodurch ein Informationsaustausch in der ESA-Community gewährleistet werden soll, um erste Schritte zur Realisierung der Version von „Destination Earth“ zu initiieren. Ebenfalls ruft die ESA europäische Wissenschaftler auf, Vorschläge für eine neue Earth Explorer Mission EE-11 einzureichen.

„Informationsbrief 06/20“ zur zivilen Sicherheitsforschung

Herausgeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Download: https://www.sifo.de/files/Informationsbrief_zur%20zivilen%20Sicherheitsforschung_06-20.pdf

Zusammenfassung:

Der neue Informationsbrief zur zivilen Sicherheitsforschung beinhaltet neben Informationen zu aktuellen Förderrichtlinien auch den Hinweis für die Öffnung des Modul 2 des Projekts „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ (MOTRA) für Projektvorschläge. MOTRA wird seit 5 Jahren vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und soll als Plattform in allen Fragen rund um das Thema Radikalisierung dienen. Darüber hinaus wird das Projekt „Bewertung alternder Infrastrukturbauelemente mit digitalen Technologien“ (AISTEC) vorgestellt, welches zur Entwicklung innovativer Technologien zur automatischen Schadenserkennung an Brücken und anderen Bauwerken dient.

„Detaillierte Hochwasserrisikoanalyse im urbanen Raum auf der Basis von gekoppelten hydrodynamisch-numerischen Modellen und 3D-Stadtmodellen“

Herausgeber:

- virtualcitySYSTEMS GmbH, Berlin
- TU Dresden, Fakultät Bauingenieurwesen
- Institut für Wasserbau und Technische Hydrodynamik, Professur Wasserbau

Download: <https://henry.baw.de/handle/20.500.11970/103309>

Zusammenfassung:

Der Abschlussbericht über dieses Entwicklungsprojekt beinhaltet die Ergebnisse des interdisziplinär arbeitenden Forschungsteams; u.a. ist ein durchgängiger Prozess als Prototyp für die detaillierte Hochwasserrisikoanalyse entstanden. Auf Basis einer Internet-basierten Stadtmodellplattform (Web-Portal), auf die der/die Endanwender_in über einen Browser zugreifen kann, werden dynamische Vorgänge von Hochwasserereignissen abgebildet; ausgewählte Stadtbereiche können für die Simulation exportiert werden. Das Entwicklungsvorhaben fand im Zeitraum 02/2018 bis 10/2019 statt und wurde durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert.

Veranstaltungen

International Symposium: From climate knowledge to climate action

24.-25. September 2020, Bremerhaven, Deutschland

Das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost hat sich in den letzten Jahren als Kompetenzzentrum für die Vermittlung von Erkenntnissen aus Klimaforschung und Nachhaltigkeitsfragen etabliert. Auf dem vom Klimahaus organisierten Symposium soll daher eine partizipative Plattform geschaffen werden, um voneinander zu lernen und Ideen auszutauschen. Der thematische Schwerpunkt wird auf Klimaschutzbildung und -maßnahmen im Rahmen von Bildung für nachhaltige Entwicklung liegen. Neue Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen, erfolgreiche und gescheiterte praktische Beispiele sowie innovative Ansätze werden vorgestellt, diskutiert und erlebt, um sich gegenseitig zu inspirieren, gemeinsam Ideen zu entwickeln und wertvolle Zeit für alle TeilnehmerInnen zu schaffen.

Informationen zum Programm, Anmeldegebühren und Unterkünften finden Sie unter folgendem Link: <https://www.klimahaus-bremerhaven.de/symposium2020.html>



Brand- und Katastrophenschutztage 2020

20. Oktober 2020, Wiesbaden, Deutschland

Die Brand- und Katastrophenschutztage sind eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und finden in verschiedenen Städten Deutschlands statt. Auf den Tagesveranstaltungen trifft sich die nationale und internationale Community aus den Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der zivil-militärischen Zusammenarbeit sowie aus dem Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. Im Fokus der Tagesveranstaltung steht immer ein übergeordnetes Thema, das in der Community von besonderem Interesse ist und mit Vorträgen sowie Podiumsdiskussionen flankiert wird. Die Brand- und Katastrophenschutztage bieten zudem den Raum für Debatten zu aktuellen Entwicklungen und Fragestellungen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, eine Plattform zum Netzwerken sowie die Gelegenheit zum fachübergreifenden Dialog. Das Programm wird im Juli veröffentlicht.

Zu weiterführenden Informationen und der Anmeldung führt Sie der folgende Link: <https://www.brand-kata-tage.de/>

Fachtagung Katastrophenvorsorge

19. -20. Oktober 2020, Berlin, Deutschland

Die Fachtagung bietet den deutschen Expert_innen der nationalen und internationalen Katastrophenvorsorge eine Austauschplattform, auf der über aktuelle Entwicklungen, Ansätze und Maßnahmen in den jeweiligen Bereichen diskutiert werden kann, um so den Austausch zu stärken und zur Umsetzung des Sendai Rahmenwerks in Deutschland beizutragen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Veranstaltungsseite: <https://www.fachtagung-katastrophenvorsorge.de/>



Fachtagung Katastrophenvorsorge

Seminar "Partner im Bevölkerungsschutz und der Genfer Konvention"

09. Dezember 2020, Berlin, Deutschland

Das Seminar findet im Aquino Hotel in Berlin statt und legt den Schwerpunkt auf gemeinsames Handeln und Zusammenwachsen ziviler und militärischer Akteure. Das Programm wird in Kürze bekannt gegeben.

Weitere Informationen zur Anmeldung und Sponsoring-Möglichkeiten sowie zum Ablauf und Programm finden Sie hier: <https://crisis-prevention.de/tag/zivil-militaerische-zusammenarbeit-gesundheitswesen-2020/>

Sollte das Forum aufgrund der Pandemie nicht stattfinden können, wird Ihnen Ihre gesamte Teilnahmegebühr erstattet. Auch die für Sie erstellten Abrechnungen sind nach Buchung bis zu 15 Tage vor Anreise kostenfrei stornierbar.

Aufgrund der aktuellen Lage kann es sein, dass hier vorgestellte Veranstaltungen nicht oder nicht in dem Format stattfinden können; bitte informieren Sie sich auf der jeweiligen Veranstaltungsseite. Auf unserer Webseite veröffentlichen wir darüber hinaus regelmäßig Informationen zu Webinaren, Veranstaltungen und Umfragen rund um das Thema COVID-19.

Young Professionals

DKKV-Förderpreis für Nachwuchswissenschaftler_innen

Der DKKV-Förderpreis wurde 2018 vom Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge ins Leben gerufen, um aktuelle Forschungsarbeiten und Best-Practice-Beispiele mit Bezug zur Katastrophenvorsorge und dem Katastrophenrisikomanagement, auszuzeichnen. Der Preis wird jährlich ausgeschrieben und prämiiert Arbeiten mit einem Preisgeld von 1.500€ sowie einer zweijährigen Mitgliedschaft im DKKV. Der DKKV-Förderpreis 2020 wird durch das Deutsches Zentrum Luft- und Raumfahrt e.V. unterstützt.

In diesem Jahr werden Bachelor- und Master-Abschlussarbeiten prämiert, die rund um das Thema „Resilienz“ verfasst wurden. Die Arbeiten sollen daher einen inhaltlichen Bezug zu den Themen der nationalen und internationalen Katastrophenvorsorge und -nachsorge, dem Risiko- und Krisenmanagement sowie der Risikoforschung, aufweisen. Hierzu zählen z. B. Arbeiten, die einen Fokus auf der Naturgefahrenanalyse, der Frühwarnung, der Anpassung an den Klimawandel, dem Schutz kritischer Infrastrukturen oder anderen Themen des Bevölkerungsschutzes setzen. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Juli 2020. Wenn Sie an der Ausschreibung interessiert sind, senden Sie ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an nachfolgende Adresse: foerderpreis@dkkv.org.

Weiterführende Informationen zur Ausschreibung unter:
<https://www.dkkv.org/de/ueber-uns/dkkv-foerderpreis>



Praktikum (m/w/d) beim DKKV

Das DKKV ermöglicht Praktika von mindestens 8 Wochen und Praxissemester im Rahmen vorhandener Kapazitäten. Es ist empfehlenswert, dass Bewerber_innen über ein abgeschlossenes Grundstudium verfügen. Das Praktikum ist nur möglich, wenn Sie aktuell immatrikuliert sind, sich in einer Weiterbildung befinden, deren integraler Bestandteil die Absolvierung des Praktikums ist, oder der Studienabschluss zu Beginn des Praktikums nicht länger als 6 Monate zurückliegt. Für das Praktikum gibt es eine dem Aufwand entsprechende Entschädigung.

Praktika beim DKKV sind ab Januar 2021 möglich.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter: <https://www.dkkv.org/de/young-professionals/praktika>

An dieser Stelle möchten wir Sie auch darauf hinweisen, welche unserer institutionellen Mitglieder Praktika in Ihren Einrichtungen anbieten. Mehr Informationen hierzu finden Sie auf unserer Webseite: <https://www.dkkv.org/de/young-professionals/praktika>

Aus der Geschäftsstelle

Imme Zach

Imme Zach hat die DKKV-Geschäftsstelle im Mai 2020 verlassen, um in Mutterschutz zu gehen. Sie hat das DKKV seit Oktober 2019 in vereinsinternen inhaltlichen Angelegenheiten unterstützt. Schwerpunkte ihrer Arbeit lagen auf der Öffentlichkeitsarbeit. Wir danken Frau Zach für ihr Engagement beim DKKV und wünschen ihr für die private und berufliche Zukunft alles Gute.

Lina-Marie Müller

Lina-Marie Müller absolviert derzeit im Rahmen ihres Studiums des Risiko- und Sicherheitsmanagements ein 4-monatiges Praktikum beim DKKV, welches am 31. Juli enden wird. Sie unterstützt die Geschäftsstelle in vielen Projekten; u.a. ist sie verantwortlich für Recherche und Redaktion des Newsletters. Wir wünschen Frau Müller auf Ihrem weiteren Weg nach dem Praktikum alles Gute.

Noah Herschbach

Noah Herschbach arbeitet seit dem 01. Mai 2020 neben seinem Masterstudium des Rettungsingenieurwesens an der TH Köln in der DKKV Geschäftsstelle. Er hat bereits von September 2019 bis Februar 2020 ein Praktikum beim DKKV absolviert. Noah Herschbach ist über noah.herschbach@dkkv.org erreichbar.

Neue Mitglieder im DKKV

Manuel Atug

Herr Atug ist zurzeit als Senior Manager bei der Berliner Firma HiSolutions am Standort Bonn tätig. Sein Themenschwerpunkt ist der Schutz kritischer Infrastrukturen, wodurch er sich auch maßgeblich mit den zugehörigen Gesetzen und Verordnungen beschäftigt. In seiner Freizeit leitet Herr Atug eine Arbeitsgruppe von Fachleuten und Expert_innen, die das Ziel verfolgen, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu erhöhen; i.R.d. Arbeitsgruppe wurde in den letzten Jahren das Konzept des Cyber-Hilfswerks (CHW) entwickelt. Ebenfalls ist er im Chaos Computer Club tätig, um einen verantwortungsvollen Umgang mit Technik zu fördern.

Herr Atug freut sich auf den Austausch im DKKV-Netzwerk. Er möchte insbesondere seine Fachexpertise zu KRITIS und Aspekten der Safety und Security im IT-Sektor beitragen. Für erste Kontakte oder Rückfragen steht er gerne zur Verfügung.

Sylvia Wallasch

Frau Wallasch ist Fachberaterin für Brand- und Katastrophenschutz bei der Regierung von Schwaben mit dem Schwerpunkt der technischen Beratung im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz, sowie bei Strahlenschutz- und Gefahrstoffeinsätzen und Ausbildung. Darüber hinaus unterrichtet sie an der Universität Bonn im Studiengang KaVoMa das Modul 9 „Personalentwicklung im Haupt- und Ehrenamt“.

Der nächste DKKV-Newsletter wird im September 2020 mit dem Themenschwerpunkt „Safety and Security“ erscheinen. Wir werden die Unterschiede zwischen den beiden Begriffen beleuchten, deren Bedeutung für Krisenmanagement und Katastrophenvorsorge erklären und einen Bezug zu den Bereichen IT und KRITIS herstellen.

Die institutionellen Mitglieder des DKKV sind:

Impressum



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Technisches
Hilfswerk



giz

Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



DLR

GFZ

Helmholtz-Zentrum
POTSDAM

Deutscher Wetterdienst
Wetter und Klima aus einer Hand



Deutsches
Rotes
Kreuz



HELMHOLTZ
ZENTRUM FÜR
UMWELTFORSCHUNG
UFZ



UNITED NATIONS
UNIVERSITY

UNU-EHS

Institute for Environment
and Human Security

CEDIM

Umwelt
Bundesamt



welt
hunger
hilfe



StEB
Köln

Deutsches Komitee
Katastrophenvorsorge e.V.
Kaiser-Friedrich-Str. 13
53113 Bonn

Tel.: 0228/26 199 570

E-Mail:

info@dkkv.org

Internet:

www.dkkv.org

Editing und Layout:
Geschäftsstelle DKKV

Das DKKV

ist...

Plattform für
Katastrophenvorsorge in Deutschland

Mittler zu internationalen, auf dem
Gebiet der Katastrophenvorsorge
tätigen Organisationen und Initiativen.

Kompetenzzentrum für alle Fragen der
nationalen und internationalen
Katastrophenvorsorge.

unterstützt...

fachübergreifende
Forschungsansätze zur
Katastrophenvorsorge in anderen
Fachsektoren sowie in Politik und
Wirtschaft.

die Verbreitung der Erkenntnisse der
Katastrophenvorsorge auf allen
Ebenen des Bildungsbereichs.

empfiehlt...

die Umsetzung der vorhandenen
Erkenntnisse zur
Katastrophenvorsorge in Politik,
Wirtschaft und Verwaltung.

die Weiterentwicklung einer fach- und
länderübergreifenden Kooperation in
der operativen Katastrophenvorsorge.

die Entwicklung medialer Strategien
zur Förderung und Stärkung des
Vorsorgebewusstseins in der